

„Aufwerten und entlasten, mehr braucht man nicht“

Pflege-Fachtag in Stuttgart: Referenten fordern bessere Versorgung und Arbeitsbedingungen

Im Juli lud zum Fachtag „Armut durch Pflege?“ das Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg ein, zu dessen Gründern der VdK-Landesverband gehört.

„Pflege betrifft jeden – Betroffene, Angehörige aber auch die Beschäftigten im Pflegebereich“, betonte ver.di-Vize Susanne Wenz und unterstrich das Ziel des Fachtags, die Zusammenhänge zwischen Pflege und Armut aufzuzeigen. Danach lenkte Landesfrauenrats-Vizin Saskia Ulmer den Blick auf die Risikogruppe Frauen. „Wenn wir über Maßnahmen sprechen, müssen wir die Schwächsten im Blick haben“. Zweidrittel der fast 300 000 Pflegebedürftigen im Land sind Frauen, auch in Pflegeberufen sind 68 Prozent Frauen tätig.

Peter Schmeiduch vom Ministerium für Soziales und Integration stellte die Ergebnisse und die Umsetzung der 600 Handlungsempfehlungen der Enquetekommission Pflege vor. Für die Landesregierung sei das Thema nicht mit der Bundestagswahl 2017 beendet, so Schmeiduch. Daher wurde für die Haushaltsjahre 2018/2019 der Etat von drei auf sechs Millionen Euro verdoppelt. Neben der Umsetzung der Handlungsempfehlungen will das Land die Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Erwerbstätigkeit fördern und das selbstbestimmte Leben für Menschen mit Betreuungsbedarf zu Hause ermöglichen. Dafür wurde das Projekt Quartier 2020 ins Leben

gerufen. Hier werden zukunftsorientierte und generationsübergreifende Wohnstrukturen vor Ort gefördert und das Unterstützungsangebot für Menschen mit Demenz ausgebaut.

Moderator Romeo Edel, Wirtschafts- und Sozialpfarrer beim Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, moderierte die Podiumsdiskussion. Esslingens VdK-Kreischef Wolfgang Latendorf sprach sich dafür aus, dass Menschen mit Betreuungsbedarf „so früh wie möglich in Strukturen gelangen, die es einem möglich machen, selbstständig zu leben“.

Paradigmenwechsel

Irene Gözl, ver.di-Landesfachbereichsleiterin Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen, zeigte die Strukturprobleme in den Pflegeberufen auf: niedrige Löhne, hohes Arbeitspensum, kaum Fortbildungsmöglichkeiten und hohe körperliche und seelische Belastung. Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei bei den wenig verlässlichen Arbeitszeiten kaum möglich. Hinzu komme die hohe Teilzeitquote von 77 Prozent. Was tun? „Aufwerten und entlasten, mehr braucht man nicht“, so Gözl. Um die Kosten für besser entlohnte und qualifizierte Pflegeberufe bezahlbar zu machen, forderte sie „eine Vollversicherung für Pflegebedürftige, bei der die Kosten durch die Solidargemeinschaft getragen werden“.



Peter Schmeiduch vom Sozialministerium bei seinem Vortrag vor interessiertem Publikum.

Foto: ver.di Baden-Württemberg

Der Forderung schloss sich Bernhard Schneider von der Initiative Pro-Pflegereform an. Er referierte über eine alternative Ausgestaltung einer Pflegevollversicherung. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung, damit die Pflegekosten für alle Pflegenden finanzierbar sind.“ Schneider warnte davor, „die Interessen der Pflegebedürftigen und der Pflegekräfte gegeneinander auszuspielen.“

Im Anschluss erfolgten Erfahrungsberichte aus Sicht der pflegenden Angehörigen Gisela Vomhof und der Pflegekraft Alexandra Özgül. Vomhof berichtete von den vielschichtigen Belastungen. Sie müsse mit Bedauern feststellen, dass es an Zuwendung, Zeit und Lebensqualität fehle. Und: „Pflege macht arm“, das habe sie selbst bei Angehörigen miterleben müssen. Özgül, die seit 29 Jahren in der

Altenpflege tätig ist, berichtete vom zunehmenden Arbeitsdruck: weniger gelernte Vollzeitkräfte, weniger Personal, eine schlechte Bezahlung und das alles bei höherem Pflegeaufwand und einer Dokumentationspflicht, die „irre Ausmaße“ angenommen habe. Zeit, um sich um die Bewohner zu kümmern, gibt es nicht mehr“.

Wie es in Sachen demografischer Wandel, Pflegeleistungen, Pflegepersonalmangel und Pflegeversicherung weitergehen soll, diskutierten anschließend die SPD-Bundestagsabgeordnete (MdB) Hilde Mattheis, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestags, für das Bündnis VdK-Landeschef Roland Sing sowie die Referenten Irene Gözl und Bernhard Schneider.

Für MdB Mattheis ist „Pflege eine Frage der Gerechtigkeit“. Sie plädierte für die Einführung einer Bürgerversicherung, damit Pflege-

bedürftige nicht zu Sozialfällen würden. Einen wichtigen Ansatz sieht Mattheis in Sozialraumorientierung und Quartiersmanagement. Hier seien die Kommunen in der Verantwortung, denn „gute Versorgung im Alter ist ein Standortvorteil“.

Sing griff die Forderungen nach einem Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung auf. Die Strukturprobleme, so Sing, seien Webfehler in einem falschen System. Der VdK-Landesvorsitzende sprach sich für die „Eingliederung der Pflegeversicherung in die Krankenversicherung aus. Damit wären alle Schnittstellenprobleme beseitigt. Denn es „gibt keinen Pflegebedürftigen, der nicht behandlungsbedürftig ist“. Und: Mehr Sozialverantwortung wünschte sich Sing in der politischen Debatte. „Mit großer Sorge habe ich das Konzept der AfD im Sozialbereich gelesen“. Er mahnte zu einer wachsam demokratischen und solidarischen Grundhaltung.

Außerdem sprach sich Roland Sing sehr deutlich dagegen aus, „die Kranken- und Pflegekasse nicht schon wieder zu plündern, damit eine schwarze Null im Haushalt steht“. Die Leidtragenden solch verfehlter Finanzpolitik seien alle Pflegeversicherten und insbesondere die Pflegebedürftigen und die Pflegefachkräfte. Sings Abschlussplädoyer lautete: „Pflege darf nicht arm machen“.

Gekürzter Beitrag von VdK-Mitarbeiter Dr. Silvan Siefert